



Mag. Peter Doll

Wirtschaftstreuhänder - Steuerberater

A – 6314 Wildschönau · Niderau 39 · Tel. 05339/25 00 · Fax 05339/25 00 25 · Mobil 0664/2432559

Wirtschafts- & Steuerrecht für die Praxis

Juli
2025

aktuell.
kompetent.

KLIENTEN-INFO

Änderungen bei der Mitarbeiterprämie durch das Budgetbegleitgesetz 2025

Das **Budgetbegleitgesetz 2025** hat aus **Lohnsteuerperspektive** eine neuerlich **modifizierte Variante** der **Mitarbeiterprämie** mit sich gebracht. Für das Jahr **2025** kann eine Mitarbeiterprämie von **maximal 1.000 € lohnsteuerfrei** ausbezahlt werden – die Mitarbeiterprämie ist jedoch **sozialversicherungsbeitragspflichtig** und **lohnnebenkostenpflichtig**. Eine gewisse **Vereinfachung** verglichen mit der Mitarbeiterprämie für 2024 besteht darin, dass die **Lohnsteuerfreiheit** der Prämie **nicht** an eine **kollektivvertragliche Regelung gebunden** ist – es müssen jedoch sachliche betriebsbezogene Gründe für die Gewährung vorliegen. Zu beachten ist überdies, dass der **gesamte lohnsteuerfrei gewährte Betrag** aus Mitarbeiterprämie und einer allfällig lohnsteuerfrei gewährten **Mitarbeitergewinnbeteiligung** insgesamt pro Jahr **3.000 € nicht übersteigen** darf. Wie es um die Mitarbeiterprämie in den Folgejahren bestellt ist, bleibt abzuwarten, da sie zumindest für das Jahr 2026 je nach budgetären Möglichkeiten gewährt werden soll.

Andere **lohnsteuerliche Neuerungen** – neben der schon zuletzt berichteten Erhöhung des Pendlereuros und der Aussetzung der Valorisierung des Kinderabsatzbetrags usw. – umfassen eine **Novellierung der Reisegebührenschrift** (durch ein zeitgleich beschlossenes Gesetzespaket). Ab **1.7.2027** beträgt das **amtliche Kilometergeld für Motorräder und Fahrräder** nur noch **25 Cent**. Dies ist insoweit bemerkenswert, als die Sätze für Kilometergeld ab 1.1.2025 erst auf **50 Cent** (gemeinsam mit dem Kilometergeld für Pkw)

Inhalt

Mit der Klienten-Info bieten wir Ihnen Monat für Monat den entscheidenden Informationsvorsprung im Bereich Wirtschafts- und Steuerrecht.

Ihr
Mag. Peter Doll



- Änderungen bei der Mitarbeiterprämie durch das Budgetbegleitgesetz 2025
- Verschiedene Facetten bei der Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung
- Keine Umsatzsteuer beim Ausbildungskostenersatz
- Keine vorweggenommenen Werbungskosten bei „ewiger Sanierung“
- Der VwGH zum Abflusszeitpunkt bei Kreditkartenzahlungen
- Zinsen sinken weiter – Änderungen bei Stundungszinsen & Co

angehoben worden waren.

Schließlich haben sich Änderungen im Bereich des ASVG sowie im Sozialrechtsbereich ergeben wie z.B. das „**Einfrieren**“ der **Geringfügigkeitsgrenze**, die auch im Jahr 2026

551,1 € betragen wird. Ebenso gilt ein **erhöhtes e-card Serviceentgelt** von 25 € (anstelle der vorgesehenen 14,65 €), welches ab 2026 auch Pensionisten abgezogen bekommen. **Stichwort Pensionen** – hier ist es auch zu einer **Verschärfung der Zugangsregelungen zur Korridor pension** gekommen. Demnach ist grundsätzlich zukünftig eine **Korridor pension** erst **ab vollendetem 63. Lebensjahr** (statt bisher ab dem vollendeten 62. Lebensjahr) möglich, soweit 504 Versicherungsmonate (statt 480) vorliegen.

Verschiedene Facetten bei der Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung

Die steuerliche **Geltendmachung** von Kosten bzw. Aufwendungen als **außergewöhnliche Belastung** ist ein häufiger Streitpunkt zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung – in einem weiteren Schritt müssen sich auch oftmals Gerichte (z.B. BFG, VwGH) damit auseinandersetzen. Anhand einer unlängst ergangenen **BFG-Entscheidung** (GZ RV/7103866/2024 vom 9.4.2025) sollen nachfolgend **typische Fallstricke** für Steuerpflichtige im Rahmen der (erhofften) Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung dargestellt werden.

Grundvoraussetzung für die steuerliche Abzugsfähigkeit als **außergewöhnliche Belastung** sind **kumuliert Außergewöhnlichkeit, Zwangsläufigkeit** und die **wesentliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit**. Überdies darf die Belastung nicht bereits als Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben geltend gemacht worden sein. Dabei gilt eine Belastung als außergewöhnlich, soweit sie höher ist als jene, die der Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse bzw. gleicher Vermögensverhältnisse erwächst. **Zwangsläufigkeit** setzt voraus, dass man sich der Belastung aus **tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen** kann. In Bezug auf die wesentliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist eine solche anzunehmen, wenn die **Belastung** einen vom Steuerpflichtigen von seinem Einkommen vor Abzug der außergewöhnlichen Belastung zu berechnenden **Selbstbehalt übersteigt**.

Das **BFG** hatte sich im konkreten Fall mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die **Kosten** i.Z.m. dem **Ausbau einer Toilette** als **außergewöhnliche Belastung steuerlich abgesetzt** werden können, sofern die Voraussetzungen für eine Behinderung beim Steuerpflichtigen zweifelsfrei gegeben sind. Auffällig war dabei, dass vom Steuerpflichtigen für die Geltendmachung lediglich ein **Angebot für den Austausch eines WCs** in Standardausführung vorgelegt worden war. Das

BFG betonte in seiner Entscheidung, dass bei dem Umbau einer Toilette (gleichermaßen gilt das für andere Bereiche der Wohnung bzw. des alltäglichen Lebens) **lediglich jene Mehraufwendungen als außergewöhnliche Belastung** abzugsfähig sind, die durch eine **behindertengerechte Ausführung zusätzlich entstehen**. Die **Kosten für eine normale Standardausführung**, die für jede Person nutzbar ist und somit keine Hilfsmittel umfasst, können hingegen **nicht abgezogen** werden. Bei **Umbauten** ist dem BFG folgend überdies zu beachten, dass eine (außergewöhnliche) **Belastung** typischerweise nur dann **vorliegt**, wenn die Ausgaben zu einem **endgültigen Verbrauch**, Verschleiß oder einer sonstigen **Vermögensminderung** führen. **Bloße Vermögensumschichtungen** (weil z.B. durch den Umbau der Wert des Eigenheims erhöht wird) ziehen hingegen üblicherweise **keine außergewöhnliche Belastung** nach sich.

Hinsichtlich „Beweislast“ ist schließlich für die Geltendmachung von Kosten als außergewöhnliche Belastung zu beachten (gemäß VwGH-Rechtsprechung), dass es an dem **Steuerpflichtigen** liegt, **alle Umstände darzulegen**, auf welche die **abgabenrechtliche Begünstigung** gestützt werden kann. Im konkreten Fall wurde dies unterlassen, da weder Rechnungen für den Ausbau der Toilette vorgelegt wurden (auch keine Zahlungs- oder Überweisungsbestätigungen), noch der Nachweis erbracht wurde, wie hoch die aufgrund der Behinderung angefallenen Aufwendungen waren.

Für die steuerliche Geltendmachung von **außergewöhnlichen Belastungen** bei Vorliegen einer **Behinderung** sei schließlich noch darauf hingewiesen, dass aus der Behinderung resultierende Mehraufwendungen als außergewöhnliche Belastung **ohne Berücksichtigung eines Selbstbehalts** abgezogen werden können. Grundsätzlich allerdings nur insoweit sie die **Summe erhaltener pflegebedingter Geldleistungen**, wie z.B. Pflegegeld oder Pflegezulage, **übersteigen**.

Keine Umsatzsteuer beim Ausbildungskostenersatz

Es ist in der Arbeitswelt eine **übliche Praxis**, dass **Arbeitgeber Ausbildungskosten von Mitarbeitern übernehmen**. Dabei wird regelmäßig vertraglich **vereinbart**, dass den **Mitarbeiter bei Ausscheiden aus dem Unternehmen** eine mit Zeitablauf abnehmende (anteilige) **Rückzahlungsverpflichtung** trifft. **Bisher** ging die Finanzverwaltung dabei überwiegend davon aus, dass der **Arbeitgeber durch die Ausbildung eine Leistung erbracht** hat. Dementsprechend wurde ein **Ausbildungskostenersatz** als **Leistungsaustausch** gesehen und der Mitarbeiter musste bei Ausscheiden **nicht nur** die

Ausbildungskosten ersetzen, sondern **auch** die anfallende **Umsatzsteuer tragen**. Die „zusätzliche“ Umsatzsteuer war daher für den Mitarbeiter oft eine negative Überraschung und ein schmerzhafter **Kostenfaktor**, da keine Möglichkeit zum Vorsteuerabzug bestand.

Erfreulich ist, dass das **BMF nun** auf Anfrage der Wirtschaftskammer Tirol **klargestellt** hat, dass **Rückzahlungen von Ausbildungskosten bei Kündigung kein steuerpflichtiges Entgelt darstellen**, sondern **nicht steuerbarer Schadenersatz** sind. Es handelt sich also nicht um eine entgeltliche Leistung, sondern um eine **Entschädigung für den Schaden des Arbeitgebers**, der in der verlorenen Investition in die Ausbildung liegt. Folglich muss der **Arbeitgeber keine Umsatzsteuer in Rechnung stellen** und für den **Arbeitnehmer reduziert sich im Kündigungsfall der Rückzahlungsbetrag**. Wichtige Voraussetzung ist jedoch, dass die Rückzahlung auf einer **wirksamen vertraglichen Vereinbarung** beruht. Eine solche wird in aller Regel aber ohnehin Voraussetzung für eine Zahlungsverpflichtung des Arbeitnehmers sein. Die **Klarstellung durch das BMF beseitigt Unsicherheiten in der Praxis** und führt nicht nur zu einer wesentlichen **Verwaltungsvereinfachung**, sondern auch zu einer **Ersparnis bei Arbeitnehmern** im Falle der Leistung eines Ausbildungskostenersatzes.

Keine vorweggenommenen Werbungskosten bei „ewiger Sanierung“

Kosten und Aufwendungen, welche schon **vor der Erzielung steuerpflichtiger Einnahmen** geleistet werden, können dennoch **Werbungskosten** darstellen. Voraussetzung für das Vorliegen solcher **vorweggenommenen Werbungskosten** ist, dass Umstände gegeben sind, welche über die bloße **Absichtserklärung zur künftigen Einnahmenerzielung hinausgehen** und klar und deutlich nach außen in Erscheinung treten. Die ernsthafte Absicht zur späteren Einnahmenerzielung muss aufgrund **bindender Vereinbarungen** oder sonstiger, über die Absichtserklärung hinausgehender Umstände mit ziemlicher Sicherheit feststehen. Liegen solche Umstände zunächst vor, fallen sie aber später weg, so ist ab dem Wegfall auch **kein Werbungskostenabzug** mehr möglich.

Im Zusammenhang mit **künftigen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung** können den EStR folgend (Rz 4035) etwa **Schuldzinsen** für die Anschaffung des Baugrunds, öffentliche Abgaben vom Grundbesitz bis zur Fertigstellung des Gebäudes oder die **AfA** von der Bereitstellung zur Vermietung bis zur effektiven Vermietung als **vorweggenommene Werbungskosten** geltend gemacht werden. Demnach wird

bei der Vermietung dienenden Gebäuden die **AfA** nicht erst ab der tatsächlichen Überlassung an den Mieter angesetzt, sondern **schon ab der in der Vermietungsabsicht erfolgten Bereitstellung des Gebäudes** (da bei Gebäuden die rein altersbedingte Abnutzung in den Vordergrund tritt).

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5100117/2023 vom 14.4.2025) mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem eine Liegenschaft erworben wurde und ein über den Kaufpreis hinausgehender Kredit aufgenommen wurde. **Vor der geplanten Vermietung** war noch eine **umfassende Sanierung** angedacht - konkret sollten zwei Wohnungen im Obergeschoss und Geschäftsräumlichkeiten im Erdgeschoss entstehen und anschließend vermietet werden. Nach **anfänglichen kleinen Sanierungen** in den ersten vier Jahren **stoppte das Projekt** jedoch aufgrund von **Unstimmigkeiten** mit den **Eigentümern des Nachbargrundstücks** im Jahr 2015. **Seitdem** wurden **keine nennenswerten Baumaßnahmen mehr durchgeführt** und das Gebäude war ein **Rohbau** ohne Fenster und Türen, ohne Innenausbau und Installationen etc.

In der **Steuererklärung** wurden dennoch **negative Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** erklärt, welche **vom Finanzamt nicht anerkannt** wurden (mangels Anerkennung als Einkunftsquelle). Das **BFG** betonte in seiner Entscheidung, dass die Prüfung, ob **vorweggenommene Werbungskosten** vorliegen, gedanklich der **Liebhabeurbeurteilung vorgelagert** ist. Demnach kann aus einem Umbau bzw. einer **Gebäudesanierung** noch **nicht zwingend** der Entschluss abgeleitet werden, das **Gebäude in Folge zu vermieten**. Dieser auf die **Vermietung des Objekts gerichtete Entschluss des Steuerpflichtigen** muss jedoch **klar und eindeutig nach außen hin in Erscheinung treten**; das **Erzielen** von tatsächlichen **Einnahmen** ist hingegen keine Voraussetzung für die Berücksichtigung von vorweggenommenen Werbungskosten. **Mangels erkennbarer ernsthafter Vermietungsabsichten** durch den Steuerpflichtigen – bedingt durch die „ewige Sanierung“ des Gebäudes - lagen für das **BFG keine vorweggenommenen Werbungskosten** vor, sodass **keine negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** steuerlich geltend gemacht werden konnten.

Der VwGH zum Abflusszeitpunkt bei Kreditkartenzahlungen

Das **Zufluss-Abfluss-Prinzip** regelt die zeitliche Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben im österreichischen Einkommensteuerrecht. Einnahmen gelten als **zugeflossen**, wenn der **Steuerpflichtige tatsächlich und rechtlich über sie verfügen** kann. **Ausgaben** sind für das **Kalenderjahr** abzusetzen,

in dem sie **tatsächlich geleistet** wurden. Dieses Prinzip ist insbesondere für die Gewinnermittlung durch **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung** relevant, aber auch für die Geltendmachung von Werbungskosten im **außerbetrieblichen Bereich**, also z.B. bei Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit oder bei **Vermietungseinkünften**.

Vom Grundprinzip des Zufluss-Abfluss-Prinzips gibt es jedoch einige **Ausnahmen** wie insbesondere bei folgenden Sachverhalten:

- **Verteilung von Vorauszahlungen:** Vorauszahlungen müssen **gleichmäßig** auf den Zeitraum der Vorauszahlungen **verteilt** werden, außer sie betreffen lediglich das laufende und das folgende Jahr.
- **Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben**, die kurze Zeit vor oder nach Beginn des Kalenderjahrs geleistet werden, sind dem **Kalenderjahr zuzurechnen**, zu dem sie **wirtschaftlich gehören**. Wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben sind solche, die nicht nur einmal, sondern, mehrmals hintereinander (zumindest dreimal) anfallen. Unter dem Begriff „kurze Zeit“ ist laut Einkommensteuerrichtlinien Rz 4631 eine Zeitspanne von bis zu 15 Tagen zu verstehen.
- Bei dem **Zeitpunkt des Zuflusses** von **SVS-Beitragsgutschriften** wird angenommen, dass die **Verfüugungsmacht** über die Gutschrift bereits besteht, wenn die **Gutschrift am Beitragskonto** gebucht wird. Insofern ist die Auszahlung auf das Bankkonto nicht maßgeblich.
- Werden Vorauszahlungen für zu **erwartende Nachzahlungen** an GSVG-Pflichtbeiträgen geleistet, ist diese Vorauszahlung **nur absetzbar**, wenn diese **sorgfältig geschätzt** wurde (siehe EStR Rz 4623).
- Ist der Steuerpflichtige ein Mehrheitsgesellschafter einer Gesellschaft und bezieht z.B. Gesellschafter-Geschäftsführerbezüge von dieser Gesellschaft, gilt als **Zuflusszeitpunkt** der Fälligkeitstag der Forderungen, außer die Gesellschaft ist zahlungsunfähig. Hierbei kommt es darauf an, ob der Gesellschafter-Geschäftsführer einen beherrschenden Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann (siehe Rz 4602 EStR).

Von der **Finanzverwaltung** wurde bisher die Meinung vertreten, dass **Kreditkartenzahlungen** erst mit der **Abbuchung vom Bankkonto des Zahlers** als Ausgabe abgesetzt werden können. Diese **Rechtsansicht** wurde nun vom **VwGH** (GZ Ro 2021/13/0003 vom 26.3.2025) **inhaltlich bestätigt**. Ein steuerpflichtiger **Gesellschafter-Geschäftsführer** hatte **Reisekosten mit der privaten Kreditkarte** in einem Geschäftsjahr **bezahlt** und diese Kosten in diesem Geschäftsjahr geltend gemacht. Das **Finanzamt erkannte die Betriebsausgabe mangels Abflusses nicht an**, da der Einzug vom Bankkonto

erst im Folgejahr durchgeführt wurde. Der **VwGH** führte diesbezüglich aus, dass der **Verlust der tatsächlichen Verfügungsmacht** über den **Geldbetrag** beim Kreditkarteninhaber erst mit der **Abbuchung vom Bankkonto eintritt**. Bis zum Zeitpunkt des tatsächlichen Einzugs liegt die Abbuchung noch im Dispositionsbereich des Kreditkarteninhabers. Dementsprechend liegt im **Zeitpunkt der Kreditkartenzahlung noch keine Vermögensminderung** und damit **kein steuerlicher Abfluss** vor.

Zinsen sinken weiter – Änderungen bei Stundungszinsen & Co

Der **Basiszinssatz** dient bekanntermaßen als mehrfacher Referenzzinssatz. Durch die jüngste, erneute **Senkung des Leitzinses** durch die EZB **um 0,25 Prozentpunkte** wurde im Juni 2025 auch der Basiszinssatz von 2,03 % auf 1,53 % gesenkt. Bei den **Stundungszinsen** ist zu beachten, dass die Stundungszinsen gem. § 212 Abs. 2 BAO **seit 1. Juli 2024 4,5 % über** dem jeweils geltenden **Basiszinssatz** liegen. Die entsprechenden aktuellen **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

	Seit 11.6.2025	Bisher
Stundungszinsen	6,03 %	6,53 %
Aussetzungszinsen	3,53 %	4,03 %
Anspruchszinsen	3,53 %	4,03 %
Beschwerdezinsen	3,53 %	4,03 %
Umsatzsteuerzinsen	3,53 %	4,03 %

Vorschau

- Bemessungsgrundlage bei Liebhaberei i.Z.m. privater Grundstücksveräußerung
- Drohender Verlust des Arbeitsplatzes begründet keine Zwangsläufigkeit bei außergewöhnlichen Belastungen

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

© www.klienten-info.at